



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 28. Januar 2020
Kantonsratspräsident Josef Wyss

P 137 Postulat Muff Sara und Mit. über sichere Häfen und Fluchtrouten / Gesundheits- und Sozialdepartement i. V. mit Justiz- und Sicherheitsdepartement

Das Postulat P 137 und das Postulat P 163 von Monique Frey über die Aufnahme von Flüchtlingen, die in europäischen Ländern stranden, werden als Paket behandelt.

Folgende Anträge liegen zu P 137 vor:

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.

Markus Hess beantragt teilweise Erheblicherklärung.

Sara Muff hält an ihrem Postulat fest.

Folgende Anträge liegen zu P 163 vor:

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.

Markus Hess beantragt teilweise Erheblicherklärung.

Monique Frey hält an ihrem Postulat fest.

Markus Hess: Die GLP-Fraktion beantragt mehrheitlich, die beiden Postulate teilweise erheblich zu erklären. Natürlich ist die Flüchtlingsausserpolitik Sache des Bundes, und er muss diese gemeinsam mit den Dublin-Staaten vertreten. Aber zur Flüchtlingsinnenpolitik kann der Kanton Luzern seinen Anteil zu einer humanitären Asyl- und Flüchtlingspolitik beitragen. Der Kanton kann die Asylinnenpolitik mitgestalten. Eine erfolgreiche, humanitär ausgerichtete Asylausserpolitik des Bundes funktioniert nicht, ohne dass sie sich auf die Asylinnenpolitik abstützen kann, das heisst die Übernahme, Betreuung und Integration von Flüchtlingen. Es handelt sich dabei um eine Verbundaufgabe; sowohl der Bund, die Kantone und die Gemeinden, aber auch die Bevölkerung müssen dabei mithelfen. Der Kanton Luzern soll sich beim Bund für eine aktive, humanitäre Flüchtlings- und Integrationspolitik einsetzen. Wenn wir etwas vorausschauend denken, wird klar, dass wir von den Flüchtlingen sozial, aber auch materiell stark profitieren. Ich erinnere an die Hugenotten aus Frankreich, die das Bankwesen begründet haben. Wir haben Flüchtlinge aus Ungarn, Tschechien, Tibet, Ex-Jugoslawien und Juden aus Nazi-Deutschland aufgenommen. Sie haben sich integriert und sind grösstenteils ein wertvoller, bereichernder Teil der Gesellschaft geworden. Der Kanton Luzern braucht mehr Mut bei der proaktiven Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen.

Sara Muff: Molière sagte: «Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun.» Ich selbst war vor fünf Jahren während eines Hilfseinsatzes auf Lesbos. Was ich da antraf, hat mich zutiefst erschüttert. Bei eisiger Kälte schliefen Menschen – auch viele Kinder – draussen und ungeschützt. Es fehlt an allem. Wir sind ganz unten angekommen bei der Pyramide nach Maslow, nämlich bei den Grundbedürfnissen. Besonders die sonst schon traumatisierten Kinder leiden stark darunter. Es sind Kinder, die oft allein sind, weil sie ihre Eltern verloren haben. Ich habe aus der Schweiz Stifte und Papier mitgebracht, niemals werde ich diese Kinderzeichnungen vergessen. Während Kinder in der

Schweiz Regenbogen zeichnen, wurden von den Kindern in den Lagern Kriegsszenen zu Papier gebracht. Die Menschen erzählen von der gefährlichen Überfahrt und wie sie zusehen mussten, wie Angehörige ertranken. Es gäbe so vieles, was ich hier noch erzählen könnte, doch die vier Minuten Redezeit sind dazu wahrhaftig zu kurz. Freunde von mir sind heute noch auf Lesbos, da sich an der Realität leider gar nichts geändert hat. Die Zustände vor Ort, an den Küstenhäfen, auf dem Mittelmeer, in den diversen Lagern und in den Herkunftsländern sind menschenunwürdig. Meine Freunde erzählen mir schockierende Geschichten, die mich oft zum Weinen bringen. In Moria auf Lesbos leben mehr als 20 000 Menschen – das ist zehnmal mehr, als es überhaupt Platz hat – in Eiseskälte und ohne sanitäre Anlagen. Lebensmittel gibt es nur beschränkt, es gilt das Recht des Stärkeren. Dorthin haben die EU, aber auch die Schweiz und ihre Kantone die Migrationskrise ausgelagert. Auch die Menschenrechte auf See werden nicht respektiert. Ich bin nach Lesbos gegangen, weil ich mich machtlos gefühlt habe. Doch als Politikerinnen und Politiker sind wir nicht machtlos. Setzen wir ein Zeichen. Solange Politikerinnen und Politiker nur das tun, was sie nicht aus ihrem Verantwortungsbereich entfernen konnten, geht das Sterben auf dem Mittelmeer weiter. Jede Minute, die ein Schiff auf einen sicheren Hafen warten muss, ist eine verlorene Minute in der Seenotrettung. Anstelle von nationalen Alleingängen in den Häfen und an den Grenzen ist eine solidarische Aufnahme notwendig, bei der die alleinige Verantwortung für die Asylsuchenden nicht den Staaten an den südlichen Aussengrenzen zugeschoben wird. Die Schweiz beruft sich gerne auf ihre humanitäre Tradition. Für die Einhaltung der humanitären Tradition könnten die Kantone als eigenständige Subjekte handeln. Sie hätten dabei allein in Deutschland über 130 Städte und Gemeinden als Vorbild, die sich zu sicheren Häfen erklärt haben und Solidarität zeigen. Niemand hat es dem Kanton Luzern verboten, mehr Menschen aufzunehmen als vom Bund vorgesehen. Unser Kanton kann mit gutem Beispiel vorangehen und Verantwortung übernehmen. Wer nicht handeln will, findet Gründe. Zu sagen, wir seien nicht zuständig für das, was auf der Welt passiert, ist kein Grund. Wer handeln will, findet Wege. Ein Weg ist, die beiden Postulate erheblich zu erklären.

Monique Frey: 70 Millionen Menschen befinden sich auf der Flucht. Die meisten stranden in ihren Nachbarländern, sei es in Kenia, im Libanon, in Jordanien oder in der Türkei. Diese Länder nehmen Millionen von Menschen auf und versuchen mit ihren eigenen Mitteln, den Flüchtenden wenigstens ein Dach über dem Kopf zu bieten und sie mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Aus welchen Gründen sind diese Menschen auf der Flucht? Es sind zwar kriegerische Auseinandersetzungen, diese sind aber oft mit dem Kampf um Ressourcen wie den Boden oder Wasser verbunden, den Lebensgrundlagen also. Wieso ist dieser Kampf entfacht? Auch ich besuche diese Länder im Rahmen der Entwicklungsarbeit in der Landwirtschaft oft. Wir spüren die Klimaveränderung zwar, aber in den südlichen Ländern sind die Auswirkungen viel drastischer. Der Regen bleibt aus oder kommt sintflutartig. Es gibt sehr heisse Perioden, sodass alles verdorrt, was angebaut wurde. Wir sind für diese globalen Auswirkungen mitverantwortlich. Deshalb sind wir auch mitverantwortlich dafür, wie mit den Flüchtlingsströmen umgegangen werden soll. Unsere Aufgabe beschränkt sich nicht nur auf Europa, sondern wir müssen die Länder weltweit unterstützen, damit sie selbständig regieren und genügend Esswaren für ihre Bevölkerung produzieren können. Fakt ist, dass ein kleiner Teil dieser Flüchtlinge nach Europa kommt. Das erkennt man daran, wenn man sieht, was sich zurzeit in Syrien, im Irak oder in Afghanistan abspielt. Auch dort müssen wir Verantwortung übernehmen und uns als Kanton einmischen. Gemäss Stellungnahme des Regierungsrates ist die Asylpolitik Sache des Bundes. Wir alle wissen, dass Regierungsrat Guido Graf anderer Meinung ist. Er hat unzählige Beiträge geschrieben und Interviews gegeben, seine eigene Meinung zur schweizerischen Asylpolitik vertreten und wie er sie gestalten würde. Er hat sich sogar in einem Brief an den Bundesrat gewandt. Scheinbar ist er also nicht der Meinung, dass die Asylpolitik nur Sache des Bundes ist, sondern dass es sich um eine Verbundaufgabe handelt. Genau das fordern die beiden Postulate. Der Regierungsrat soll sich beim Bund für eine humanitärere und offenere Asylpolitik einsetzen und dem Bund das Angebot machen, dass auch der Kanton Luzern bereit dazu ist,

Menschen aufzunehmen. Der Kanton Luzern verfügt zurzeit über genügend Kapazitäten, und es wäre kein Problem, mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Ich bitte Sie, die beiden Postulate erheblich zu erklären.

Rolf Born: Seit Jahrhunderten erhalten religiös und politisch Verfolgte in der Schweiz Schutz. Die lange und bewährte humanitäre Tradition wird von der FDP seit jeher mitgetragen und mitgestaltet. Der Respekt vor der öffentlichen Ordnung und das Akzeptieren der Zuweisung von staatlichen Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen auf allen Stufen unseres Staates sind aber ebenfalls Grundbausteine eines guten Zusammenlebens. Darum ist es für uns unbestritten, dass der Bund zuständig und verantwortlich ist und bleibt. 1951, an einer Uno-Sonderkonferenz in Genf, haben die Mitgliedstaaten das Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge verabschiedet. Flüchtling ist demnach nur, wer aktuell ernsthaften Nachteilen ausgesetzt ist, in seinem Heimatland gezielt verfolgt wird und keinen Schutz erhält und keine innerstaatliche Fluchtalternative zur Verfügung hat. Dazu bedarf es einer Prüfung, die wir nicht vornehmen können, sondern nur der Bund. Wenn der Bund erkennt, dass diese Voraussetzungen gegeben sind, initiiert er Massnahmen. Seit 2013 engagiert sich die Schweiz verstärkt bei der Aufnahme von Flüchtlingsgruppen im Rahmen des UNHCR-Programms zur Neuansiedlung von Flüchtlingen. Dieses Programm richtet sich vor allem an besonders verletzte Personen und damit auch an Kinder. Wir stellen fest, dass die humanitäre Tradition in der Schweiz von den zuständigen Stellen gelebt und umgesetzt wird. Die Schweiz beteiligt sich auch immer wieder am EU-Relocation-Programm, bei dem in Griechenland oder Italien registrierte Asylsuchende auf andere Staaten verteilt werden. Auch hier stellen wir fest, dass die humanitäre Tradition der Schweiz von den zuständigen Stellen gelebt und umgesetzt wird. Nur weil in Rothenburg ein Asylzentrum vorzeitig geschlossen wird, wollen wir nicht von den bewährten, kompetenten Strukturen und der entsprechenden Politik abweichen. Aus unserer Sicht wäre es viel wichtiger, dass die Entwicklungs- und Migrationspolitik auf Stufe Bund vermehrt strategisch verknüpft und am Ursprung gewirkt und gehandelt wird. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat P 163 ab.

Maurus Frey: Der Regierungsrat hält in seiner Stellungnahme fest, dass er die vom Bund zugestandene Verantwortung zur Aufnahme von Flüchtlingen gewissenhaft wahrnimmt. Ich möchte Sie ermutigen, dass Sie das in der Stellungnahme aufgeführte Gewissen hinterfragen und versuchen, es mit dem kollektiven Gewissen der Luzerner Bevölkerung abzugleichen. Ich ermutige die Regierung, aber auch unseren Rat dazu, die vom Bund zugestandene Verantwortung auszuweiten. Weiter informiert die Regierung über die zusätzliche Beteiligung an Programmen – beispielsweise des UNHCR – für die zusätzliche Aufnahme von Menschen. Das ist löblich, doch die Menschlichkeit und die Nächstenliebe oder die Solidarität der Luzerner Bevölkerung beschränken sich nicht selektiv auf Minderjährige oder Einzelschicksale. Der Kanton Luzern darf und soll sich nicht an diesem zynischen selektiven Verteilungskampf um Menschen beteiligen, sondern er soll und darf kollektiv solidarisch handeln und mit einem guten Beispiel die vom Bund geprägten Flüchtlingspolitik mitgestalten.

Stephan Schärli: Die CVP-Fraktion lehnt die beiden Postulate ab. Die Stellungnahme der Regierung ist sehr plausibel und erklärt den Sachverhalt. Die Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Kantonen ist gewährleistet. Auch im Kanton Luzern schleckt es keine Kuh weg, dass die Asylaussenpolitik auf Bundesebene lanciert wird. An dieser Stelle möchte ich ebenfalls darauf hinweisen, dass sich Regierungsrat Guido Graf auf Bundesebene sehr gut für die Asylpolitik einsetzt. Deshalb sollten wir der Regierung das notwendige Vertrauen schenken, dass sie den Kanton Luzern in dieser Problematik auf Bundesebene sehr gut vertritt.

Urs Dickerhof: In diesem Saal werden oft die Glocken der Heimat geläutet, dieses Mal sind es die Glocken für die Tribüne. Ich kann mir sonst nicht vorstellen, warum die beiden Postulate, die ganz klar den Bund betreffen, eingereicht wurden. 2015 waren es über 1 Million Menschen, die über das Meer nach Europa wollten, 2018 waren es noch 115 000. 55 000 dieser geflüchteten Menschen sind in Spanien angekommen, in Italien waren es

23 000. Gemäss Zahlen des UNHCR stammen aus Guinea 13 000, Marokko 12 000, Mali 10 000, Syrien 9800, Afghanistan 7600 und Irak 7300 Flüchtlinge. Nun wurde eine Medienkampagne lanciert wegen eines Schiffes, das nicht in Italien anlegen durfte. Auf dem Schiff unter der Leitung von Kapitänin Rackete befanden sich 53 Bootsmigranten. Kapitänin Rackete wurde im Hafen von Lampedusa festgenommen. Jetzt werden Vorstösse für sichere Häfen und die Aufnahme von zusätzlichen Flüchtlingen eingereicht. Für die Verteidigung von Kapitänin Rackete wurden 1,4 Millionen Euro gesammelt. Wenn diese 1,4 Millionen Euro den 40 Flüchtlingen zugutegekommen wären, hätte jeder 35 000 Euro erhalten. Das sind zwei Jahreslöhne in Marokko oder vier Jahreslöhne in Mali. Jetzt soll der Kanton Luzern für sichere Häfen sorgen und sich an der Aufnahme von Flüchtlingen beteiligen. Solche Vorstösse sind scheinheilig, denn ich gehe davon aus, dass sich beide Vorstösserinnen sehr wohl bewusst waren, dass der Kanton Luzern aber auch gar nichts unternehmen kann. Ich hätte es verstanden, wenn sie eine Standesinitiative eingereicht hätten. Das Einreichen einer Standesinitiative wäre der politisch korrekte Weg gewesen, um in Bern etwas erreichen zu können. Der Regierungsrat ist im Recht, wenn er die beiden Vorstösse ablehnt. Die SVP-Fraktion unterstützt den Regierungsrat in seiner Haltung.

Markus Hess: Als ehemaliger IKRK-Delegierter muss ich nochmals für die teilweise Erheblicherklärung plädieren. Mir geht es um die Asylinnenpolitik, die wir gestalten können, wenn wir wollen. Jeder Mensch ist ein Unikat und hat irgendein Talent, sei er aus Afghanistan, Syrien, Irak oder der Schweiz. Jeder Mensch sollte die Chance erhalten, sein Talent leben zu können. Wir haben die Möglichkeit, dabei zu helfen.

Jörg Meyer: Mir fehlen fast die Worte. Es ist uns allen sehr wohl bewusst, dass wir im Kanton Luzern die Thematik der weltweiten ungleichen Verteilung auch natürlicher Ressourcen und globaler Weltprobleme nicht lösen können. Selbstverständlich braucht es dazu übergeordnete Strukturen. Das ist uns sehr wohl bewusst, und wir sind alles andere als scheinheilig. Mich friert es fast, wenn ich höre, wie hier von Programmen, Zuständigkeiten und Strukturen gesprochen wird und uns aus einer Ecke sogar Scheinheiligkeit vorgeworfen wird, bei der ich mich nicht getrauen würde, den Begriff in den Mund zu nehmen, geschätzter Urs Dickerhof. Diese Art von Flüchtlings-, Asyl- und Begrenzungspolitik, wie sie diese Ecke betreibt, ist sehr scheinheilig, wenn nicht sogar zynisch. Mir geht es aber um etwas anderes. Humanitäre Tradition lässt sich nicht an die Verwaltung oder an Programme delegieren, sondern hat etwas mit Betroffenheit zu tun. Ich bin sehr froh, dass mich die eindrücklichen Schilderungen von Sara Muff betroffen machen. Ich weiss nicht, wie die Diskussion verlaufen würde, wenn wir, so wie Sara Muff oder Markus Hess, dieses Leid selber miterleben müssten. Die Diskussion würde anders verlaufen, und das wäre gut. Politik muss Betroffenheit auslösen, auch persönliche Betroffenheit. Das Zitat von Molière ist sehr passend. Die Verantwortung auf den Bund abzuschieben, ist einfach; man könnte auch sagen, wir waschen unsere Hände in Unschuld. Der Kanton Luzern kann ein humanitäres Signal setzen, denn in der Politik geht es auch um Signalwirkungen. Es geht nicht um eine Lösung, sondern darum, unsere Betroffenheit zu zeigen. Auch wir sind Erdenbürger und Teil von etwas Grösserem. Ich leiste im kleinen Kanton Luzern einen Beitrag und schleiche mich nicht einfach aus der Verantwortung, indem ich das Problem einfach an den Bund delegiere. Wir können etwas tun, viele kleine Tropfen leisten auch einen Beitrag. Zeigen wir unsere Betroffenheit, denn diese Schicksale werden letztlich alle – die ganze Welt – etwas angehen.

Sara Muff: Für mich ist dieses Leid und das Sterben auf dem Mittelmeer nicht gleichzusetzen mit Glocken für die Tribüne zu läuten oder mit Scheinheiligkeit. Ich habe diesen Vorstoss nicht wegen Kapitänin Rackete eingereicht, sondern ich hätte ihn gerne schon 2015 eingereicht. Damals hatte ich aber noch nicht die Möglichkeit dazu, weil ich diesem Rat noch nicht angehört habe. Wir alle haben die Möglichkeit, ein Postulat anzunehmen oder abzulehnen. Ich bitte Sie wirklich, Ihre Haltung nochmals zu überdenken. Sie können dem Postulat zustimmen, zeigen Sie Herz und übernehmen Sie Verantwortung.

Pirmin Müller: Bei Personen, die über die Mittelmeerroute nach Europa gelangen wollen, ist oft pauschal von Flüchtlingen die Rede. Laut Asylgesetz Artikel 3 Absatz 1 ist das nicht korrekt. Rolf Born hat den Inhalt kurz zusammengefasst. Personen auf Schleuserschiffen

können deshalb nicht pauschal als Flüchtlinge bezeichnet werden und können somit – zumindest bis zur Einzelfallabklärung – nicht den Flüchtlingsstatus in Anspruch nehmen. Dieser Punkt ist bei dieser Diskussion aber zentral. Gemäss UNHCR sind im Jahr 2019 bis Anfang Dezember 93 745 Personen über das Mittelmeer nach Europa gelangt. 1221 haben diesen Versuch mit ihrem Leben bezahlt. Diese Zahlen sind gemäss UNHCR rückläufig, es ist also nicht etwa meine Interpretation. Warum sind die Zahlen rückläufig? Das Thema ist ein Politikum geworden. Die Häfen wurden gesperrt, die Aufnahmebereitschaft der europäischen Länder sinkt, und die Überwachung der afrikanischen Küsten des Mittelmeers wurde verstärkt. Genau das hat zum Rückgang geführt. Mit sogenannten sicheren Häfen und garantierten Aufnahmen von den in Europa ankommenden Personen entfaltet man eine Sogwirkung. Es wird attraktiver, die gefährliche Reise anzutreten, und die Zahl der deswegen Ertrunkenen wird wieder ansteigen, das ist absehbar. Auch die Zahl der Personen, die sich auf die Reise begeben und nie in Europa ankommen, wird durch solche Anreize erhöht. Das will niemand, davon bin ich überzeugt. Es stellt sich deshalb die Frage, warum die Postulate eingereicht wurden. Im besten Fall ist die Motivation eine unreflektierte Sorge, im schlechtesten Fall werden Todesopfer instrumentalisiert, um die eigene Ideologie durchzuzwängen. Weder das eine noch das andere erscheint mir sinnvoll. Ich lehne beide Postulate aus Überzeugung ab.

Hasan Candan: Wenn man den Voten der SVP zuhört, kann nicht mehr von Polemik die Rede sein, das nehme ich befriedigend zur Kenntnis. Wir müssen nun Lösungen finden, denn es geht um eines der dringlichsten Probleme unserer Gesellschaft. Wir müssen für die Folgen des Klimawandels die Verantwortung übernehmen, auch in der Schweiz. Ich gebe Urs Dickerhof recht, dass eine Standesinitiative der richtige Weg wäre. Aber nur aus formalen Gründen sollte man die beiden Postulate nicht einfach ablehnen. Der Kanton Luzern kann eine Vorreiterrolle einnehmen und auf Lösungen drängen. Der Regierungsrat hat auch schon bei anderen Fragen eine Vorreiterrolle übernommen, auch wenn wir damals nicht damit einverstanden waren. Ich glaube deshalb, dass es der falsche Weg ist, wenn wir die beiden Postulate aus formalen Gründen ablehnen. Ich bitte Sie, dass wir als Kanton Luzern Verantwortung übernehmen und nach Lösungen suchen, um das Problem zu lösen. Wie wir es schon in der Vergangenheit gesehen haben, kann der Kanton Luzern ein Zeichen setzen. Ich bitte Sie, den beiden Postulaten zuzustimmen.

Samuel Zbinden: Nach gewissen Voten fällt es mir schwer, noch Worte zu finden. Ich finde es schade, dass wir bei einer solchen globalen Krise nicht solidarisch sein können; es fallen die typischen Voten seitens der Bürgerlichen, vor allem der SVP, wo es um Scheinflüchtlinge geht. Ich gehöre diesem Rat nun ein halbes Jahr an und habe dabei immer wieder das Wort «Eigenverantwortung» gehört. Die Bürgerlichen sprechen immer davon, dass wir eigenverantwortlich handeln sollen. Heute können wir Eigenverantwortung übernehmen. Der Kanton Luzern kann sich den vielen Städten und Regionen in der ganzen Welt anschliessen, die sich solidarisch zeigen und sich zu sicheren Häfen erklären. Sie ziehen sich aber zurück und verstecken sich hinter irgendwelchen Zuständigkeiten, das ist beschämend. Pirmin Müller hat erklärt, dass es sich nicht bei allen Menschen auf diesen Booten um Flüchtlinge handelt. Es geht aber genau darum, dass diese Leute hier ein faires Asylverfahren erhalten. Ich weiss nicht, wie es mit dem Vertrauen von Pirmin Müller in die Behörden aussieht, aber genau diese Behörden können fair und gerecht beurteilen, ob das Asylverfahren gerecht ist oder ob es Scheinflüchtlinge sind. Es ist ein Menschenrecht, dass jeder, der in die Schweiz kommt, das Anrecht auf ein faires Asylverfahren hat. Auch der sogenannte Pull-Effekt, dass also noch viel mehr Menschen auf die Idee kommen, in die Schweiz zu kommen, nur weil wir zu einem sicheren Hafen werden, ist einfach nur Schwachsinn. Es gibt Studien, die zeigen, dass dieser Pull-Effekt eine Erfindung ist und nicht existiert. Überlegen Sie doch einmal selber, ob Sie sich auf eine lebensgefährliche Reise über das Mittelmeer begeben würden und ihr Leben und das ihrer Familie dermassen in Gefahr bringen, wenn Sie gar nicht bedroht sind, wie es die SVP behauptet, und dies nur, weil irgendwo eine Region auf der Welt zu einem sicheren Hafen geworden ist. Diese Leute kommen hierher, weil sie an Leib und Leben bedroht sind und nicht wegen der

Gesetzgebung des Kantons Luzern. Zum Schluss möchte ich noch etwas sagen: In 30 oder 40 Jahren werden wir im Geschichtsunterricht über das Sterben im Mittelmeer und über die Flüchtlingskrise lehren – nicht wir selber, aber unsere Kinder und unsere Grosskinder. Überlegen Sie sich, was Sie Ihren Grosskindern antworten wollen, wenn sie Sie fragen, was Sie dagegen getan haben. Wollen Sie mit irgendwelchen verklausulierten Antworten erklären, Sie seien nicht zuständig gewesen und hätten nichts unternehmen können? Zeigen Sie Haltung und dass wir solidarisch sind und stimmen Sie den beiden Postulaten zu.

Ruedi Amrein: Ich möchte auf einige Äusserungen reagieren. Meiner Meinung nach geht es nicht um Betroffenheit. Wir sind auch betroffen, ich nehme sogar in Anspruch zu sagen, dass ich mich machtlos fühle. Wir sind ein kleines Land und haben herzlich wenig Einfluss auf die Kriegsschauplätze der Grossmächte in Syrien. Bei der Flüchtlingspolitik handelt es sich um ein sehr schwieriges Thema. Meiner Meinung nach sollten wir dieses Thema den Spezialisten und ihren internationalen Kontakten überlassen. Wir haben 2015 gesehen, was für Reaktionen ausgelöst werden können und wie schwierig eine Lösung ist. Der Bund reagiert; vor einigen Tagen hat die zuständige Bundesrätin die Bereitschaft erklärt, eine gewisse Anzahl Personen aufzunehmen. Auch wenn es nur ein kleiner Anteil ist, so ist es immerhin eine Reaktion. Diese Personen werden durch den Bund in die Zentren der einzelnen Kantone verteilt. Auf diese Weise leistet auch der Kanton Luzern einen Beitrag. Diese Politik wird von der Bevölkerung getragen; das ist sehr wichtig, denn sonst geht gar nichts mehr. Meiner Meinung nach haben die Postulate auch deswegen keinen Platz. Es gibt aber noch eine andere Betroffenheit, und dabei schaue ich etwas zur linken Seite. Mich betrifft es, wenn Lokalpolitiker, die unser System und seine Grenzen kennen, uns fehlende Betroffenheit vorwerfen. Eigentlich wissen auch diese Politiker, dass es sich bei ihren Äusserungen um Wünsche handelt. Die linke Seite weiss gar nicht, was sie mit ihren Wünschen alles auslösen würde und ob sie die Situation dann noch im Griff hätte. Es geht nicht einfach nur um Betroffenheit, sondern darum, realistisch mit dieser Frage umzugehen und diesen Menschen, die in die Schweiz kommen, auch gerecht werden zu können.

Angela Lüthold: Ich lasse mir kein schlechtes Gewissen einreden. Die Schweiz ist einzigartig in ihrer humanitären Hilfe und tut mehr, als sie tun müsste. Die Schweiz nimmt alle auf, die an Leib und Leben gefährdet sind. Die Schweiz hat eine lange Tradition. Was aber jetzt passiert, nämlich das Ganze auch auf Wirtschafts- und Klimaflüchtlinge auszuweiten, ist fragwürdig. Traurige Schicksale machen mich auch betroffen, aber der Kanton Luzern kann nicht die Probleme der ganzen Welt lösen. Ich bringe einen anderen Aspekt ins Spiel: Die Schweiz ist räumlich begrenzt und kann auch nicht unendlich finanzielle Mittel zur Verfügung stellen. Das Ganze kostet mittlerweile etwa 2 Milliarden Franken, von der ganzen Entwicklungshilfe und den Kohäsionsmillionen ganz zu schweigen. Wir haben nicht nur eine Verantwortung gegenüber den Flüchtlingen, sondern vor allem gegenüber unseren Bürgern, die in der Schweiz leben. Dazu müssen wir Sorge tragen. Ich kann Ihnen garantieren, dass der soziale Frieden spätestens dann gefährdet ist, wenn der AHV das Geld ausgeht. Darum lehne ich beide Postulate ab.

Marcel Omlin: Ich danke Hasan Candan für seine Feststellung, dass die SVP sachlich diskutiert. Gleichzeitig ermahne ich Samuel Zbinden, hier im Rat nicht so polemisch aufzutreten, das gehört sich nicht. Urs Dickerhof hat erklärt, dass der Bund in der Verantwortung steht. Das ist ein Fakt. Zudem erinnere ich an das Schengen/Dublin-Abkommen. Eigentlich sollten diese Menschen nicht mehr in die Schweiz kommen. Ich mache ein Beispiel: Vor drei Jahren waren wir an der Weltausstellung in Mailand. Auf der Rückfahrt von Mailand in die Schweiz befanden sich etwa 20 dunkelhäutige Menschen im Zug, einige hatten sogar reservierte Plätze. In Bellinzona waren alle ausgestiegen. Schengen/Dublin funktioniert also überhaupt nicht. Die Italiener schicken diese Menschen bewusst – und das ist klar – Richtung Norden. Sie sprechen davon, dass diese Menschen an Leib und Leben gefährdet sind. Das stimmt nicht, denn Eritrea ist beispielsweise ein sicheres Land. Was machen muslimische Staaten wie etwa Katar oder Abu Dhabi? Sie nehmen niemanden auf und bezahlen nichts. Der König vom Bosphorus droht der EU, er schicke alle zu uns. Es ist gut, dass wir Ungarn dazwischen haben, das etwas

klemmt. Es kommen nur Personen, die es sich auch leisten können. Die wirklich armen Geschöpfe verelenden dort unten. Das ganze Flüchtlings- und Asylwesen ist ein Big Business, das weltweit nicht gelöst wird, weil sehr viele Leute sehr viel Geld damit verdienen. Die beiden Postulate sind abzulehnen.

Pia Engler: Ich möchte am Votum von Samuel Zbinden anknüpfen. Nebst den Strukturen braucht es auch Zivilcourage. Ziviler Ungehorsam hat zum Beispiel viele Juden vor dem Tod bewahrt, obwohl man den Holocaust nicht verhindern konnte. Es geht auch nicht darum, heute ein Problem der gesamten Welt zu lösen. Viele dieser Menschen haben mit ihrem zivilen Ungehorsam ihr Leben riskiert. Diese Menschen haben das schlechte Gewissen einer ganzen Generation beruhigt. Dass uns dieses Thema nicht so sehr bedrückt, heisst noch lange nicht, dass es anderswo nicht erdrückend ist. Leider müssen wir zuschauen, dass es die Regierung seit Jahren in Lesbos nicht schafft, die Situation zu verbessern und in den Griff zu bekommen. Ich sehe das als ein Versagen der europäischen und griechischen Politik an, das auf dem Buckel von Menschen und Kindern ausgetragen wird. Das ist ein humanitäres Desaster. Wir können die Regierung wohl kaum zum zivilen Ungehorsam aufrufen, aber dazu auffordern, ihren Handlungsspielraum auszureizen und einen mutigen Entscheid für eine Gruppe von Geflüchteten zu fällen und Solidarität zu demonstrieren. Ich empfehle Ihnen, den beiden Postulaten zuzustimmen.

Samuel Zbinden: Angela Lüthold hat gesagt, die Schweiz sei klein und habe begrenzte Ressourcen und könne deshalb nicht alle aufnehmen. Marcel Omlin sorgt sich über die fehlende Solidarität der muslimischen Länder. Ich zeige ihnen gerne das Beispiel des Libanons, ein Land mit weniger Einwohnern als die Schweiz, mit viel weniger finanziellen Ressourcen und mit einer Fläche, die viermal so klein ist wie die der Schweiz. Der Libanon hat im Zuge der Flüchtlingskrise über 1 Million Menschen aufgenommen. Die Schweiz hat gerade einmal 40 000 Personen aufgenommen. Es ist absolut zynisch zu erklären, die Schweiz könne nicht mehr Menschen aufnehmen. Zudem hat Marcel Omlin erklärt, dass Schengen/Dublin nicht funktioniere. Das stimmt, denn Italien muss alle Flüchtlinge aufnehmen und kann dem Ganzen nicht standhalten, während die Schweiz erklärt, die Flüchtlinge seien ja schon in Italien angekommen. Genau dort können wir mithelfen und Flüchtlinge aufnehmen. Zudem habe ich die Ermahnungen von Marcel Omlin nicht nötig.

Hannes Koch: Die Flüchtlingszahlen gehen auf der ganzen Welt langsam zurück. Das ist aber nur eine kurzfristige Veränderung. Die Welt verändert sich stark, das merkt man an verschiedensten Berichten in den Medien. Die Schweiz ist für diese Veränderung mitverantwortlich. Die Schweiz holt Profit heraus, der ihr den Wohlstand beschert. Auch dagegen unternehmen wir nichts. Der Weltfrieden ist stark gefährdet und wird weiter gefährdet. An den verschiedensten Orten auf der Welt nimmt die Armut zu. Das Klima verändert sich massiv. Schweizer Firmen kaufen in anderen Ländern Boden und Wasser. Schweizer Firmen investieren an verschiedensten Orten. Wir können noch endlos diskutieren, aber die Flüchtlinge werden kommen, egal aus welchen Gründen auch immer. Sie werden schlussendlich auch hier sein. Die Frage ist, ob wir uns dazu entscheiden, die Flüchtlingsströme zu steuern und mit allen uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten mitzugestalten, oder ob wir einfach zuschauen wollen. Es liegt an uns, mit kleinen Zeichen im Rahmen unserer beschränkten Möglichkeiten das zu tun, was wir können. Es passiert aber sowieso, ganz von allein.

Josef Schuler: Flüchtlinge kosten nur, so tönt es jedenfalls, aber wir sprechen hier von Menschen. Diese Menschen kommen nicht nur in den Kanton Luzern, sondern sie befinden sich auch auf den Meeren. Diesen Menschen gegenüber haben wir auch eine Verantwortung. Angela Lüthold meinte, dass wir gegenüber unseren Bürgern eine Verantwortung hätten. Wir sind die Vertretung der Bürger, auch wir vertreten also die Bürger. Es gibt eine grosse Anzahl von Bürgern, die finden, dass man etwas für diese Menschen, die sich auf der Flucht befinden, tun sollte. Es ist ein Märchen, dass das ganze Asyl- und Flüchtlingswesen ein Big Business ist. Wenn wir es nicht schaffen, diesen Menschen sichere Häfen zur Verfügung zu stellen, geraten sie an Schlepper, die ihnen das Geld aus der Tasche ziehen. Dagegen müssen wir etwas tun.

Pius Müller: Meiner Meinung nach wurde alles gesagt. Was mich stört: Wir haben sehr viele Voten von linker Seite gehört, aber kein Wort darüber, dass es in der Schweiz über 500 000 Menschen gibt, die am Existenzminimum leben. Schauen wir auch zu diesen Menschen. Lehnen Sie die beiden Postulate ab.

Pirmin Müller: Zuerst bedanke ich mich für die sachlichen Voten; leider gab es aber auch sehr viel Polemik, nur das Schlagwort «Scheinflüchtling» wurde nicht verwendet. Die Aussage, dass alle Flüchtenden an Leib und Leben bedroht sind, ist eine Verallgemeinerung. Am Schluss wurde die Situation sogar noch mit der Schoah verglichen. Bei der Schoah spricht man von einer gezielten und industriellen Tötung eines ganzen Volkes. Diese Vergleiche sind hanebüchen. Aber diese Polemik zeigt eben auch, dass es einigen Personen wirklich nur darum geht, die Todesopfer zur Durchsetzung ihrer eigenen Ideologie zu missbrauchen. Das halte ich für nicht statthaft. Es freut mich aber, dass bei den linken Parteien auch lösungsorientierte Personen politisieren, und ich hoffe, dass die Polemiker in der Minderheit sind.

Hans Stutz: Pius Müller hat von den 500 000 sozial Schwachen in der Schweiz gesprochen. Das stimmt. Wir Linken versuchen, das Schicksal dieser Menschen zu verbessern, indem wir für sichere soziale Systeme eintreten. Ich hoffe, dass Pius Müller und seine Partei in den kommenden Jahren ebenfalls für die sozial Schwachen in der Schweiz eintreten: für die Arbeitslosen, für die Personen, die Sozialhilfe beziehen, für diejenigen, die ihre Miete kaum bezahlen können, und für Menschen, die die individuelle Prämienverbilligung erhalten sollen. Das sind alles Anliegen, über die sowohl der Bund als auch unser Rat entscheiden. Leider bin ich auch Realist und weiss, dass diese Klagen über diese 500 000 Menschen, die am Existenzminimum leben, nur Heuchelei sind, weil es darum geht, die harte Flüchtlingspolitik zu rechtfertigen.

Urban Frye: Wir haben gestern des 75. Jahrestages der Befreiung von Auschwitz gedacht, der grausamsten Stätte, welche die Menschheit je geschaffen hat. Wir wissen heute auch, wie viele Menschen in Auschwitz umgekommen sind, die von der Schweiz zurückgeschickt wurden. Ich gebe euch recht, das kann nicht mit der heutigen Situation verglichen werden, denn das wäre eine Verharmlosung des Holocaust. Aber die Argumente, die ich zum Teil gehört habe – dass wir schon genügend Flüchtlinge hier hätten und die Schweiz genug mache, es zu viel koste und auch die anderen etwas tun müssten –, sind genau die gleichen Argumente, die unsere Vorgänger damals vertreten haben. Das schockiert mich. Sie sagen, dass die Schweiz schon genug mache und sie die Menschen aufnehme, die tatsächlich an Leib und Leben bedroht seien. Leider behandeln wir das Traktandum 36 nicht mehr, das davon handelt, dass der Kanton Luzern ein tschetschenisches Mädchen, das der Hölle entronnen ist, einfach zurückgeschickt hat. Diese Tatsache bitte ich zu bedenken.

Andy Schneider: Ich möchte eine andere Sicht einbringen. Ich gehe jedes Jahr nach Afrika, ich habe dort seit über zehn Jahren ein Projekt. Verschiedene Ratsmitglieder aus verschiedenen Fraktionen unterstützen dieses Projekt. Ich kenne also die Situation vor Ort. Warum fliehen diese Menschen? Es herrscht bittere Armut. Konzerne aus Europa, auch aus der Schweiz, eigenen sich Land an und missachten dabei die Menschenrechte. Die Menschen in diesen Staaten sind aber auch von den politischen Repressionen und dem Klimawandel betroffen. Was können wir dagegen unternehmen? Wir können für stabile Verhältnisse sorgen. Sie können auf die Bundesparlamentarier Einfluss nehmen, die das Entwicklungsbudget jedes Jahr kürzen. Das UN-Ziel liegt bei 0,7 Prozent, der europäische Durchschnitt ist 4,7 Prozent, und die Schweiz ist mittlerweile bei 4,4 Prozent des BIP angelangt. Es geht darum, die Entwicklungsziele zu erreichen und nicht immer wieder die Budgets zu kürzen. Das Problem soll bei der Wurzel gepackt und die Länder sollen auch politisch so unterstützt werden, dass die Verhältnisse stabil bleiben und etwas entstehen kann. In der Dritten Welt soll eine kleinräumige, ökologische, sozialverträgliche Landwirtschaft unterstützt werden und nicht eine industrielle, damit die Menschen ein Einkommen haben. Das ist das Ziel. So können Sie ein Zeichen setzen und Einfluss auf ihre Bundesparlamentarier in Bern nehmen, besonders auf die SVP- und die FDP-Vertreter,

welche das Entwicklungsbudget jedes Jahr zurückschrauben wollen.

Sara Muff: Sie können am meisten bewirken, indem Sie den beiden Postulaten zustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Die europäische Asylpolitik können wir ebenso wenig bestimmen wie diejenige der Schweiz. Die Abläufe sind durch Gesetze vorgegeben, vor allem bei uns in der Schweiz. Es geht nicht, dass Sie zum zivilen Ungehorsam aufrufen. Das dürfen wir nicht tun, sondern wir müssen die Gesetze anpassen respektive ändern. Die Ausgangslage, wie sie von Sara Muff und Monique Frey dargestellt wurde, ist korrekt. Es ist ein Drama, das wir erleben. Wenn ich in die Zukunft schaue, wird die Situation noch schlimmer werden, das Klima lässt grüssen. Ob es sich schlussendlich um Flüchtlinge handelt oder nicht, soll jemand anderer beurteilen, aber wir können uns der Diskussion nicht verwehren. Ich erlaube mir einige persönliche Bemerkungen. Maurus Frey hat erklärt, dass sich der Kanton Luzern nur die sogenannten «Guten» aussuche. Ich weise Sie höflich darauf hin, dass das so nicht stimmt. Als einer der wenigen Kantone sind wir bekannt dafür, dass wir vor allem verletzte Personen aufnehmen. Man kann auch etwas tun, ohne es an die grosse Glocke hängen zu müssen und es in der Presse zu thematisieren. Man muss es einfach tun und nichts sagen. Bundesrätin Karin Keller-Suter war selber in Griechenland und hat erklärt, dass sie Minderjährige aufnehmen wolle. Als Gesundheits- und Sozialdirektor des Kantons Luzern habe ich mir erlaubt, ihr zu signalisieren, dass der Kanton Luzern dabei helfen wird. Nicht alle Kantone sind dazu bereit, aber wir haben hier die Möglichkeit, gute Arbeit zu leisten. Woran ich Freude habe, und diese Bemerkung geht zuhanden von Markus Hess, ist die Integrationsagenda Schweiz, die sehr viele Elemente des Kantons Luzern übernommen hat. Ich nenne dazu einige Zahlen des Staatssekretariates für Migration (SEM) aus dem Jahr 2019: Beim Bestand der vorläufig Aufgenommenen, bei der Integration der vorläufig Aufgenommenen, liegt der Kanton Luzern mit 49,3 Prozent an 10. Stelle. Der Durchschnitt liegt bei 44,1 Prozent. Die Plätze vor uns belegen einige kleine Kantone. Im Kanton Luzern sind dies ungefähr 2680 Personen, davon sind rund 1800 18- bis 65-Jährige erwerbstätig. Die Integrationsquote von Flüchtlingen liegt im Kanton bei 47,9 Prozent, der Durchschnitt aller Kantone liegt bei 36 Prozent. Hier befindet sich der Kanton Luzern auf dem 5. Platz, und die Plätze vor uns werden wiederum von kleinen Kantonen belegt, die weniger Menschen zu integrieren haben. Damit möchte ich Ihnen sagen, dass wir versuchen, unsere Aufgabe gut zu machen. Es ist eine anspruchsvolle Aufgabe, vor allem wenn man einzelne Schicksale kennt. Das schweizerische Asylsystem ist gut eingespielt, aber der Taktgeber ist und bleibt schlussendlich der Bund. Die Kantone können ihre Offenheit an den Tag legen, das werden wir auch tun. Aber ziviler Ungehorsam geht nicht. Wir werden unseren Kurs aus den genannten Gründen beibehalten. Ich bitte Sie trotzdem, die beiden Postulate abzulehnen.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung der Erheblicherklärung mit 81 zu 33 Stimmen vor. In der definitiven Abstimmung lehnt der Rat das Postulat P 137 mit 72 zu 43 Stimmen ab.

Die Abstimmung zum Postulat P 163 ist wie folgt ausgegangen: In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung der Erheblicherklärung mit 83 zu 33 Stimmen vor. In der definitiven Abstimmung lehnt der Rat das Postulat P 163 mit 72 zu 43 Stimmen ab.